



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Dezember 2005

## Inhalt:

1. Glückliche Feiertage und ein Gutes Neues Jahr!
2. GdP im Gespräch mit Kurt Beck
3. GdP beim Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes
4. Karl Peter Bruch für Verbot von Anscheinswaffen
5. Personalsituation bei der Polizei
6. TEMPUS-Probelauf gestoppt
7. Einstellungsverfahren wird wieder geändert
8. Zur Erinnerung

### Glückliche Feiertage und ein Gutes Neues Jahr!



Die Redaktion von ‚kurz berichtet‘ bedankt sich bei allen ganz herzlich für die vielen Beiträge und Leserbriefe und wünscht allen Leserinnen und Lesern ruhige, besinnliche und glückliche Feiertage und einen guten Rutsch in das Jahr 2006!

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz  
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



## 2. GdP im Gespräch mit Kurt Beck

Von der Lebensarbeitszeit über die Föderalisierung des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts bis zu den aktuellen Streitfragen des Tarifvertrages reichte das ausführliche Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, das von Gewerkschaftssekretär **Thomas Will** und GdP-Landesvorsitzenden **Ernst Scharbach** in der Staatskanzlei geführt wurde. Ministerpräsident Beck möchte die zweigeteilte Laufbahn bis 2010 abschließen und erbat sich konkrete Diskussionsbeiträge von der GdP. Gemeinsame Auffassungen gab es zur Ausbildung der Polizeibeamten: Die hervorragende Ausbildung auf dem Hahn soll zum Bachelor-Abschluss weiter entwickelt werden. Aktuellem Anlass geschuldet: **Kurt Beck** sprach sich eindeutig gegen das Führen von Strichlisten auf den Dienststellen aus: „Was gäbe das denn für einen Eindruck bei den Bürgerinnen und Bürgern, wenn sie befürchten müssten, dass die Polizisten nach der Zahl ihrer Blutproben oder Verwarnungen beurteilt werden? Das will ich jedenfalls nicht!“



Das Interview erscheint in der Januarausgabe der ‚Deutschen Polizei‘.

## 3. GdP beim Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Dietmar Muscheid** wurde mit 94 % der Delegiertenstimmen auf dem DGB Kon-



gress in Ludwigshafen erneut zum Vorsitzenden des DGB Landesbezirks Rheinland-Pfalz gewählt. **Muscheid** gelang es, die Zusammenarbeit im DGB ganz erheblich nach vorne zu bringen. Auf seine Ideen und Initiativen gehen maßgeblich die vielen guten Kontakte mit der Politik, den Arbeitgeberverbänden und den Kirchen zurück. Besonders stolz kann **Muscheid** auf die Einrichtung der DGB-internen Diskussionsforen sein, auf denen mit ausgewählten Fachleuten bedeutende und aktuelle Grundlagenthemen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik diskutiert werden. Für die GdP nahmen an der Konferenz als Delegierte unsere Kollegen **Heinz Werner Gabler**, **Alfons Meyer** und **Ernst Scharbach** teil. **Rita Schumacher-Kerch** wurde von den DGB-Frauen als ihre Vertreterin in den DGB-Landesvorstand entsandt. **Ernst Scharbach** ist als GdP-Vorsitzender ‚geborenes‘ Mitglied im DGB-Vorstand.





**Scharbach:** „Für mich ist es von größter Bedeutung, dass wir gemeinsam mit den Industriegewerkschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Probleme gemeinsam erkennen, diskutieren und solidarisch nach Lösungen suchen. Nur über den DGB finden wir sicheren Zugang zur Politik und den wichtigen Medien im Land. Und sie helfen uns, wenn wir Rat brauchen und in Not sind.“



„Besonders wichtig sind die Kontakte, die der DGB international aufbaut. Dies entspricht unserem GdP-Konzept und unserer Arbeit auf der europäischen Ebene mit EuroCOP“, ist **Alfons Meyer** überzeugt. **Heinz Werner Gabler:** „Gerade die beabsichtigte Föderalisierung des Beamten- und des Tarifrechts macht deutlich, wie wichtig unsere Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften unter dem Dach des DGB in Rheinland-Pfalz ist!“

**4. Karl Peter Bruch für Verbot von Anscheinswaffen**

Innenminister **Karl Peter Bruch** hat sich bei der Innenministerkonferenz in Karlsruhe für ein gesetzliches Verbot des Führens von Anscheinswaffen in der Öffentlichkeit eingesetzt. „Die zunehmende Verbreitung solcher Waffen-Imitate lässt befürchten, dass die Zahl der unerwünschten Vorfälle mit solchen ‚Waffen‘ zunehmen wird. Dem muss begegnet werden.“ Zugleich fordert er Eltern auf, sich intensiv mit ihren Kindern über diese Waffen-Imitate auseinanderzusetzen. Kindern bewusst machen, als Spielzeug gehandelte Sie sollten einen dieser ‚Waffen‘, Mitnahme in die Schule, bestehe die Gefahr einer durch Softair-Waffen. Waffen nur über eine Die der Polizei bekannt aber, dass durchaus nicht unerhebliche Verletzungen eintreten könnten. „Im Übrigen sollte den Kindern klargemacht werden, dass man grundsätzlich keine Waffe, aus der ein Geschoss verfeuert werden kann, und sei es auch noch so schwach, auf einen Menschen richtet, auch nicht im Spiel“, so **Bruch** weiter. „Zum anderen kann die Verwechslung einer solchen ‚Waffe‘ mit einer echten, scharfen Waffe fatale Folgen haben, beispielsweise, wenn in Konfliktsituationen bei einschreitenden Polizeibeamten der Eindruck entsteht, sie stünden dem Träger einer echten Schusswaffe gegenüber“, mahnt der Innenminister.





## 5. Personalsituation bei der Polizei

**MdL Heinz Hermann Schnabel** (CDU) beehrte in einer Kleinen Anfrage Auskunft von der Landesregierung über die aktuelle Personalsituation bei der Polizei. Für die Landesregierung antwortete Innenminister **Karl Peter Bruch**:



Am 1. August 2005 standen 8.973 ausgebildete **PolizistInnen** zur Verfügung, deren Zahl sich nach dem Zugang des 26. Studiengangs auf ca. 9.000 erhöhen werde. Die tatsächliche **Einsatzstärke** betrage 7.854. 496 PolizistInnen waren am 1. August dienstunfähig erkrankt (5,55%); 793 sind zwar eingeschränkt dienstfähig, aber in polizeilichen Funktionen eingesetzt.

Das **Durchschnittsalter** beträgt landesweit 42 Jahre. An der Spitze des Durchschnittsalters im operativen Dienst liegt die Polizeiwache Traben-Trarbach mit 55 Jahren.

55,0	PW Traben-Trarbach	53,2	PW Konz
52,7	PW Gerolstein	52,1	PW Schöneberg
51,2	PASSt Kaisersesch	50,9	PI Dahn
50,8	PI Hermeskeil	50,7	PI Zweibrücken
50,4	PI Wald Fischbach	50,3	PI Baumholder
50,3	PW Annweiler		

**Bernd Becker**, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: „Die Zahlen belegen erneut, dass die Erhöhung der Lebensarbeitszeit zwar numerisch die Zahl der PolizeibeamtInnen erhöht, im Gegenzug aber die Probleme der Überalterung der Dienststellen verschärft und damit die ‚Kampfkraft‘ der Polizei mindert.“

Insgesamt hat die rheinland-pfälzische Polizei 1.364.824 **Überstunden** angesammelt. An der Spitze liegt die BePo mit 274.175 Überstunden, gefolgt vom PP Koblenz mit 224.312 Stunden.

**Heinz Werner Gabler** zu den Überstunden: „Bei einer rechnerischen Zahl von 1.800 Arbeitsstunden im Jahr ergäben sich 758 Stellen bei der Polizei. Es würde den Kolleginnen und Kollegen gut tun, wenn sie weniger Überstunden leisten müssten – und vor allem dem Arbeitsmarkt, wenn 758 Menschen eine Stelle geboten würde. Im Übrigen entspricht dies ziemlich genau den Berechnungen der GdP: Wir brauchen für die aufgabenorientierte Polizeiarbeit 10.000 Polizisten in Rheinland-Pfalz.“

1.662 örtliche **Haftbefehle** harren ihrer Vollstreckung. Im Schnitt 332 pro Präsidium. Den Vogel schießt das PP Rheinpfalz mit 756 unerledigten örtlichen Haftbefehlen ab.

Insgesamt, also örtliche und überörtliche, liegen den Präsidien 5.618 Haftbefehle vor (Schnitt: 1.124 pro PP). Die meisten in Koblenz (1.555), die wenigsten in Kaiserslautern (534).

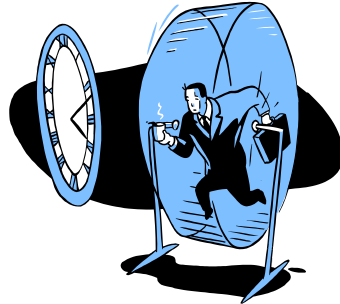
Das Ministerium versucht mit der Schaffung von örtlichen **Fahndungseinheiten** gegenzusteuern. Dort, wo sie eingerichtet wurden, leisten die örtlichen Fahndungen ausgezeichnete Arbeit. **Josef Schumacher**, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe in Trier: „Auch wir finden die Fahndungseinheiten super – wenn wir nur wüssten, wo wir das Personal herholen sollten. Wegen des hohen Durchschnittsalters und der



*nur eingeschränkt Dienstfähigen haben wir jetzt schon größte Mühe, den Schichtdienst aufrecht zu erhalten.“*

## **6. TEMPUS-Probelauf gestoppt**

Die Klagen über EVA sind so alt, wie Adam und die Mühlen der Dienstplaner so alt, wie die Einführung der flexiblen Arbeitszeitmodelle. Die Projektgruppe POLADIS bemühte sich in Zusammenarbeit mit einer externen Firma um die Erarbeitung einer geeigneten Software, die neben der Vorplanung der Dienstzeiten, der Feststellung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten, über Abrechnungsfragen bis zur Erstellung des DÜZ umfassend Erleichterung bringen sollte. Der Testlauf, der in Wittlich, Alzey und dem LKA starten sollte, wurde nun leider wegen technischer Probleme abgesagt. Wann und wie es weitergeht, steht im Moment noch nicht fest.



## **7. Einstellungsverfahren wird wieder geändert**

Die GdP hatte bei Innenminister **Karl Peter Bruch** nach dem Stand der Planungen zur Übertragung der Einstellungskompetenz auf die Fachhochschule gefragt. Aus Sicht der GdP hat sich am bisherigen, dezentralen Einstellungsverfahren bei den Polizeipräsidenten sehr bewährt, dass die Präsidenten sowohl bei Auswahl wie auch bei der Betreuung des Nachwuchses großes Engagement entwickelt hätten.



Minister **Bruch** legt den Schwerpunkt seiner Überlegungen aber auf die Disziplinalgewalt: Ich halte *"es für einen ordnungsgemäßen Lehrbetrieb für unerlässlich, dass der Fachbereich Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung über die disziplinarrechtliche Kompetenz bezüglich der Anwärter und Anwärterinnen verfügt."* Ereignisse in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass das Disziplinarrecht nicht *"gleichmäßig"* angewandt worden sei.

Ein Nachlassen des Engagements der Präsidenten bei der Nachwuchswerbung befürchtet **Bruch** nicht: *"Lediglich der formale Ernennungsakt wird auf die Fachhochschule verlagert."* Die Präsidenten behielten den *"wesentlichen Part der Werbung"* inne.

**Bruch:** *"Den Anwärtern und Anwärterinnen wird zudem bei der Einstellung bindend aufgezeigt werden, in welchem Präsidium sie im Anschluss an ihre Fachhochschulausbildung und der Anschlussverwendung bei der Bereitschaftspolizei in Zukunft Dienst verrichten werden."*

## **8. Zur Erinnerung**

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)